

Am 31. Dezember 2016 vereinbarten Vertreter der »Allianz für die präsidiale Mehrheit« der Demokratischen Republik Kongo (DRK), die Präsident Joseph Kabila stützt, und der Opposition, dass Ende 2017 Wahlen zum Parlament, zur Präsidentschaft und auf Provinzebene stattfinden. Die Verhandlungen zur praktischen Gestaltung des Weges dorthin gestalten sich schwierig. Welche Hoffnung gibt es, dass das Ziel erreicht wird?

Sie stützt sich darauf, dass die Regierung entschlossen ist, alles dafür zu tun. Der wichtigste Punkt dabei ist die Registrierung der Wähler. Jetzt, Ende März, sind mehr als 20 Millionen von ihnen durch die Wahlkommission erfasst, das ist nach unseren Schätzungen ungefähr die Hälfte aller Wahlberechtigten. Es bestehen gute Aussichten, dass diese Aufgabe bis zum Stichtag am 31. Juli erfüllt wird. Allerdings ist die Frage noch nicht beantwortet, wie die Wahlen finanziert werden sollen. Der wichtigste Punkt ist aber, dass eine Regierung gebildet wird, die sich auf die Mehrheit, die Opposition und die Zivilgesellschaft stützen kann. Nach der Erstellung der Wählerliste ist dies entscheidend. Niemand kann ausschließen, dass der Verlauf des Verfahrens noch stark gestört wird, aber dann ist wichtig, dass eine Regierung, die sich auf alle diese Kräfte stützt, existiert. Dann wird das Vertrauen der Bevölkerung auch in einem solchen Fall nicht erschüttert werden.

Die katholische Bischofskonferenz der DRK hat die Gespräche zwischen Mehrheit, Opposition und außerparlamentarischen Kräften vermittelt. Spielt die Kirche weiterhin eine Rolle in diesem Prozess?

Sie hat die Gespräche zwischen den politischen Parteien sowie die mit den zivilgesellschaftlichen Kräften vermittelt, d.h. hat Termine vereinbart oder die Zahl der Teilnehmer an den Verhandlungen mit festgelegt. Aber die Kirche hat nichts entschieden. Die Bischöfe verlassen nach Beginn jedes Gesprächs den Raum und mischten sich weder in die Festlegung der Tagesordnung noch in den Verlauf der Unterredungen ein. Manchmal hat die Kirche allerdings ihre Pflicht zur Neutralität vergessen und wollte mitdebattieren, aber das wurde von der Mehrheit der Teilnehmer stets strikt zurückgewiesen. Die Lösung der Probleme ist eine Angelegenheit der politischen Akteure, zwischen denen die Bischöfe nur Vermittler sein können. Präsident Kabila hatte die Kirche ausdrücklich darum gebeten.

Der Präsident hat im vergangenen Herbst Papst Franziskus besucht. Hat der Papst selbst einen Anteil am Zustandekommen der Gespräche und des Abkommens?

Er hat auf jeden Fall eine Rolle gespielt. Die Tatsache, dass die Bischofskonferenz diese Vermittlungsmission zwischen den politischen Kräften übernahm, besagt, dass er das erlaubt hatte, dass er seinen Segen erteilt hat.

Am 29. März entscheidet der Welt-sicherheitsrat über die Verlängerung des Mandats für Monusco, die »Mission der Vereinten Nationen für die Stabilisierung in der Demokratischen Republik Kongo«. Es gibt sie seit 1999, womit sie eine der länger andauernden UN-Missionen ist, und wahrscheinlich ist sie auch die größte mit zur Zeit etwa 19.000 Soldaten. Warum schlägt die DRK vor, deren Zahl zu reduzieren, dafür aber das Mandat »robuster« zu gestalten?

Es sind einfach zu viele Soldaten, die Mission ist überbesetzt. Einige sind



Das Tor zum Hauptquartier der MONUSCO, der Friedensmission der Vereinten Nationen im Kongo (Februar 2015)

»Merkel geht den chinesischen Weg«

Die Zusammenarbeit zwischen der Demokratischen Republik Kongo und dem Westen ist gescheitert. China hat wirtschaftlich dessen Platz eingenommen. Ein Gespräch mit Léonard She Okitundu Lundula

sogar in großer Zahl in Gebieten stationiert, in denen es keinen Krieg gibt. Da ist die Frage, was sie eigentlich dort machen. Außerdem hat sich der Charakter des Krieges, in dem Monusco gemeinsam mit den kongolesischen Streitkräften kämpft, gewandelt. Seit der Unabhängigkeit 1960 haben wir in der Regel Konflikte gehabt, die mit konventionellen Waffen ausgetragen wurden. Dafür ist die internationale UN-Truppe ausgerüstet. Aber jetzt geht es darum, dass sie sich den



Léonard She Okitundu Lundula ist stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister der Demokratischen Republik Kongo

aktuellen Umständen anpasst. Viele der Gruppen, die z. B. im Ostkongo kämpfen, gehen mit terroristischen Methoden vor, es ist ein asymmetrischer Krieg geworden. Diese neue Dimension muss berücksichtigt werden. Dazu bedarf es anderer Mittel als für eine Intervention. In diesem Sinn muss sich Monusco spezialisieren.

Seit Jahrzehnten werden die Milizen im Osten der DRK aus dem Ausland unterstützt. Gibt es Aussichten, dass mit dieser Hilfe endlich Schluss gemacht wird?

Das ist in der Tat ein großes Problem. Die Staaten, die auf diese Weise im Ostkongo aktiv sind, verletzen die UN-Charta, das Gründungsstatut der Afri-

kanischen Union, AU, und auch das Rahmenabkommen für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für den Kongo, das am 24. Februar 2013 in Addis Abeba vereinbart wurde. Die Unterzeichnerstaaten erklärten dort unter anderem, sich nicht mehr ohne Absprache in die Konflikte der Nachbarstaaten einmischen zu wollen. Wir haben aber Beweise, dass mehrere dieser Länder an den Konflikten beteiligt sind. Bevor ich nach Berlin kam, war ich in New York und habe den UN-Sicherheitsrat gebeten, sie aufzufordern, ihre Einmischung einzustellen, und für den Fall, dass sie der Aufforderung nicht folgen, Zwangsmaßnahmen bis hin zu Sanktionen einzuleiten.

Präsident Joseph Kabila hat mehrfach erklärt, dass die sogenannte internationale Gemeinschaft den Krieg im Ostkongo, der nun faktisch seit 22 Jahren andauert und Millionen Tote gekostet hat, mit Gleichgültigkeit betrachtet ...

Völlig richtig, das ist so ...

Sehen Sie eine Chance, dass sich das ändert? Denn hinter den afrikanischen Staaten, die an diesem Krieg beteiligt sind, stecken aus meiner Sicht einige Großmächte.

Das ist eine Frage, die vor allem die Vereinigten Staaten betrifft, die stark involviert sind. Auf einem Außenministertreffen der AU in Daressalam haben wir eine Erklärung dazu abgegeben, die von Präsident Kabila gebilligt wurde und vom neuen AU-Kommissionsvorsitzenden Moussa Faki Mahamat, dem früheren Außenminister des Tschad, dem UN-Sicherheitsrat übermittelt wurde. Wir haben eine eigene Sicht auf diese Konflikte. Die Dinge bewegen sich also.

Gibt es Pläne, die DRK zu spalten? In der Tat ist das in den Vereinigten Staaten der Fall. Dort gibt es Kräfte, die der Meinung sind, die DRK sei zu groß und zu ausgedehnt, um als einheitlicher

Staat existieren zu können. Das sind Gruppen, die an Rohstoffen interessiert sind und die bestimmte Provinzen kontrollieren möchten, um an solche Ressourcen heranzukommen und sie auszu-beuten zu können.

Der Wirtschaftsaustausch zwischen der DRK und der Volksrepublik China ist heute größer als der mit den USA und der EU. Wie sind die Perspektiven dieser Beziehungen?

Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr. Die traditionelle, jahrzehntelange Zusammenarbeit mit den USA, Kanada und den europäischen Ländern war ein totaler Misserfolg, sie ist gescheitert. »Business as usual« war nicht mehr möglich, wir mussten eine neue Basis finden und haben sie gefunden. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat übrigens im Oktober 2016 vor der AU in Addis Abeba eine Rede zu den Beziehungen zwischen Afrika, der EU und Deutschland gehalten. Was sie dort vorgeschlagen hat, ist nichts anderes als der chinesische Weg.

Was macht China anders als die westlichen Länder?

Die Kooperation mit China hat zwei Merkmale. Zum einen wird bei der Abnahme von Rohstoffen ein Preis vereinbart und dann praktisch sofort bezahlt. Zum anderen wird eine Gegenleistung für unsere Lieferung festgelegt, und die wird unmittelbar nach Vertragsabschluss umgesetzt. Es gibt keine Verzögerung, entweder fließt sofort Geld, oder z. B. Baumaßnahmen für die Infrastruktur werden rasch begonnen, und die Resultate sind da. Bei den westlichen Ländern geht das anders. Dort dauert es wegen ihrer Bürokratie von der Machbarkeitsstudie über die konkrete Planung bis zur Realisierung sehr lange. Der Effekt in den fast 60 Jahren seit der Unabhängigkeit war gleich Null.

Interview: Arnold Schölzel

Hintergrund Krieg um Rohstoffe

Die heutige Demokratische Republik Kongo (DR Kongo) umfasst eine Fläche von 2,4 Millionen Quadratkilometern (EU: zur Zeit fast 4,4 Millionen Quadratkilometer), auf denen geschätzt bis zu 81 Millionen Einwohner leben. In der Hauptstadt Kinshasa leben rund elf Millionen Menschen, sie ist damit hinter Lagos und Kairo drittgrößte Stadt Afrikas. Das Land gehört zu den rohstoffreichsten der Welt. Gefördert werden u. a. Diamanten, Gold, Kupfer, Coltan, Mangan, Blei, Zink und Zinn sowie Erdöl.

Seit 1885 war das Gebiet der heutigen DR Kongo kolonialer Privatbesitz des belgischen Königs Leopold II. (1835–1909). Er errichtete vor allem zur Kautschukgewinnung ein völkermörderisches Regime, das selbst im Vergleich zu den Greuelthaten der anderen europäischen Mächte in ihren Kolonien an Grausamkeit alles übertraf. 1908 wurde er aufgrund internationaler Proteste gezwungen, das Land als »normale« Kolonie an den belgischen Staat zurückzugeben. Viel änderte sich dadurch bis zur völkerrechtlichen Unabhängigkeit 1960 nicht. Seither befindet sich der Staat faktisch in einem permanenten Krieg, in dem im Kampf um die Abbaugelände von Erzen und Mineralien immer wieder aus dem Ausland gestützte Sezessionsbewegungen entstehen.

Der erste Ministerpräsident, der Sozialist Patrice Lumumba (1925–1961), übernahm ein Land, in dem keine einheimischen Fachkräfte ausgebildet worden waren und keine Infrastruktur existierte. Belgien sah in Lumumbas Nationalisierungsbestrebungen eine Gefahr und ließ ihn in Zusammenarbeit mit der CIA ermorden. An dieser westlichen Einmischungspolitik hat sich bis ins vergangene Jahrzehnt wenig geändert. Seitdem wurde die VR China größter Handelspartner. 2015 gingen etwa 43 Prozent der Exporte dorthin (Belgien 4,8 Prozent), aus China kamen rund 21 Prozent aller Importe (Südafrika 17,7 Prozent, Belgien 6,9 Prozent).

Praktisch gleichzeitig mit dem Auftreten Chinas flammte der seit 1995 andauernde Krieg im Ostkongo wieder auf. Er wird u. a. von Uganda und Ruanda aus unter wohlwollender Begleitung vor allem der USA und Frankreichs geschürt. Ende der 1990er Jahre hat sich die Bezeichnung »Afrikanischer Weltkrieg« für ihn eingebürgert. Laut Schätzungen forderte er bis zu zehn Millionen Tote – Erster Weltkrieg: 15 bis 18 Millionen –, Millionen Kongolesen wurden zu Binnenflüchtlingen.

Am 30. November 1999 wurde die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in der DR Kongo (Monusco) gebildet. Zur Zeit sind etwa 20.000 Soldaten im Land stationiert. Am 31. März lief das Mandat von 2016 aus. Kongolesische Medien berichteten am Donnerstag, dass dem UN-Sicherheitsrat ein Entwurf zur Mandatsverlängerung vorliegt, wonach die Zahl der Soldaten um sieben Prozent reduziert werden soll. (as)